

DIE KLEINE BIBLIOTHEK DER WIRTSCHAFT

SONDERAUSGABE

# Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – für immer Wohlstand für Alle?

Essays junger Wirtschaftswissenschaftler  
anlässlich eines Wettbewerbs zur Ausstellung  
„In welcher Ordnung wollen wir leben?“

**IN WELCHER ORDNUNG  
WOLLEN WIR LEBEN?**



Walter Eucken  
und die Soziale  
Marktwirtschaft

[www.ordnung-in-freiheit.de](http://www.ordnung-in-freiheit.de)

Herausgegeben vom  
Aktionskreis Freiburger Schule –  
Initiative für Ordnungspolitik e.V.  
Freiburg im Breisgau

# Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – für immer Wohlstand für Alle?

Essays junger Wirtschaftswissenschaftler  
anlässlich eines Wettbewerbs zur Ausstellung  
„In welcher Ordnung wollen wir leben?“

In Kooperation mit:

Think  Ordo!  
Ordnungspolitik | neu denken



## **INHALT**

### **Einführung**

Dipl.-Volksw. Margot Selz, Prof. Dr. Tim Krieger ..... 7

**Essaywettbewerb** ..... 11

### **Lasst die Soziale Marktwirtschaft wie sie ist!**

Essay von Tobias Kohlstruck ..... 12

### **Update erforderlich:**

### **Die Digitalsoziale Marktwirtschaft**

Essay von Christian Allié ..... 20

### **Die neue soziale Frage**

Essay von Louis Groß ..... 28

### **Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt**

Essay von Steffen Zetzmann ..... 38

**Kurzvitae der Autoren** ..... 43

**Interview mit Prof. Dr. Tim Krieger** ..... 47

**Der Aktionskreis Freiburger Schule** ..... 57

Foto: Britt Schilling



### **Dipl. Volkswirtin Margot Selz**

Vorsitzende des Aktionskreises  
Freiburger Schule –  
Initiative für Ordnungspolitik e.V.

Foto: Thomas Kunz



### **Tim Krieger**

Leiter der Wilfried-Guth-Stiftungs-  
professur für Ordnungs- und Wett-  
bewerbspolitik an der Universität  
Freiburg; wissenschaftlicher Beirat  
im Aktionskreis Freiburger Schule

## **Liebe Leserin, lieber Leser,**

Wir leben in einer Zeit eines fundamentalen Wandels unserer Gesellschaft mit immensen Herausforderungen für die Zukunft. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Klimawandel, Protektionismus, die Verschiebung der gewohnten Weltordnung und unsere ersten Erfahrungen mit einer wahrlich globalen Pandemie machen es für den aufgeklärten Bürger immer schwieriger, mit den rasanten Entwicklungen Schritt zu halten. Wir sind angehalten, darüber nachzudenken, in welcher Ordnung wir leben wollen – ganz unmittelbar im Heute, aber noch viel mehr in der Zukunft. Zum Denken anregen soll die Ausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben?“, die der Aktionskreis Freiburger Schule initiiert und zusammen mit dem Walter Eucken Institut realisiert hat. Sie befasst sich mit der Frage nach der Ordnung, in der wir vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen leben wollen. Sie gibt Aufklä-

rung über die Erfahrungen und Werte, die für die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft maßgebend waren. Sie benennt und reflektiert den aktuellen Stand der Sozialen Marktwirtschaft und sie fragt danach, wie die zentralen Institutionen der europäischen und globalen Ordnung aufgestellt sind, um auch international eine menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung zu erreichen. Kurz gesagt, sie will zum Diskurs über ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Deutschland und Europa anregen.

Begleitet wird unsere Ausstellung von Projekten und Beiträgen, die Schülerinnen und Schüler sowie Studierende – meist medial – eingebracht haben. Diese jungen Menschen, die die Beiträge verfasst haben, sind die Träger der Ordnung von morgen. Heute mag ihre Stimme noch leise sein, aber wir sollten sie hören. Eines der Projekte, an dem sich Studierende und Doktoranden der Universität Freiburg an dem Ausstellungsprojekt beteiligen konnten, war ein Essaywettbewerb, der auf dem Blog „Think Ordo! – Ordnungspolitik



neu denken“ von der Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik und dem Aktionskreis Freiburger Schule ausgeschrieben war. Der Ausgangspunkt des Essaywettbewerbs war die Beobachtung, dass die liberalen demokratischen Ordnungen Deutschlands und vieler anderer westlicher Industrienationen unter Druck stehen, weil viele Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die neuen politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen an der Funktionsfähigkeit und Problemlösungskompetenz des bestehenden Systems zweifeln und manche sich populistischen Positionen zuwenden.

In Deutschland wird in dieser Situation immer wieder das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft beschworen, die es zu erneuern gelte, um wirtschaftlich erfolgreich und zugleich sozial abgesichert in die Zukunft gehen zu können. Im Sinne Ludwig Erhards solle die Soziale Marktwirtschaft auch weiterhin „Wohlstand für alle“

schaffen. Doch teilen junge Menschen diese Politlyrik zahlreicher Sonntagsreden? Wie sieht für sie eine Soziale Marktwirtschaft für die Zukunft aus? Ist sie dieselbe Soziale Marktwirtschaft aus den „guten alten Zeiten“ oder unterscheidet sie sich von ihr angesichts der neuen, sehr anderen Herausforderungen? Oder – zugespitzt – als Motto des Essaywettbewerbs: „Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – für immer ‚Wohlstand für Alle?‘“ Auf diese Fragen sollten die Wettbewerbsbeiträge Antworten geben und sie tun es auch, davon kann man sich anhand einiger besonders gelungener Essays überzeugen. Die drei preisgekrönten Texte sind in diesem Band abgedruckt. Es ist spannend zu lesen, wie die junge Generation über die Ordnung, in der sie leben will, nachdenkt. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen frische Erkenntnisse!

*Margot Selz und Tim Krieger*

# ESSAYWETTBEWERB

## Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – für immer „Wohlstand für Alle“?

ausgeschrieben für Studierende und Doktoranden der Universität Freiburg von

Aktionskreis  **Freiburger Schule** und **ThinkOrdo!**  
Initiative für Ordnungspolitik Ordnungspolitik neu denken

Lesen Sie auf den nächsten Seiten die Gedanken der drei Gewinner des Wettbewerbs **Tobias Kohlstruck, Christian Allié und Luis Groß** sowie einen Text von **Steffen Zetzmann**, der nicht am Wettbewerb teilgenommen hat, den wir Ihnen jedoch nicht vorenthalten möchten.

# Lasst die Soziale Marktwirtschaft wie sie ist!

Essay von Tobias Kohlstruck

In kaum einer Sonntagsrede mit wirtschaftspolitischem Bezug wird die Soziale Marktwirtschaft ausgelassen. Mittlerweile berufen sich nicht mehr nur Politiker der CDU auf Ludwig Erhard; das Versprechen „Wohlstand für Alle“ zieht sich quer durch das politische Spektrum bis hin zur Linkspartei. Damit der Begriff nicht zu einer inhaltsleeren Floskel mutiert, stellt sich die Frage, welche Antworten auf die ursprüngliche Idee heute noch gültig sind und welche Lösungen die Soziale Marktwirtschaft für moderne Probleme liefern kann.

Eine dieser Sonntagsreden hielt Alt-Bundespräsident Horst Köhler Anfang des Jahres 2020 und merkte darin an, dass wir unser „bewährtes Modell der sozialen Marktwirtschaft umbauen [müss-

ten] zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft – und dabei beides, Ökologisch wie Sozial, groß schreiben“. Damit läuft die Soziale Marktwirtschaft Gefahr, zu einem Spielball für jegliche politische und wirtschaftliche Vorstellung zu werden, wenn sie denn nur richtig modifiziert wird. Ob eine Veränderung individueller Präferenzen zu Gunsten des Klimaschutzes, wie Horst Köhler sie impliziert, oder ein bedingungsloses Grundeinkommen – die Soziale Marktwirtschaft erscheint als Universal-schablone, mit der sich beliebige politische Forderungen rechtfertigen lassen. Wenn dem allerdings so wäre, dann würde der Begriff inhaltsleer werden.

Der Fehlschluss beginnt bei der Suggestion, die Marktwirtschaft basiere erst auf einer moralischen Grundlage, wenn das Wörtchen sozial hinzugefügt wird. Nach dieser Logik kann die Soziale Marktwirtschaft überhaupt nicht ökologisch sein, solange sie keine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ist, so wie Horst Köhler sie propagiert. Wenn dem so wäre, dann ließen sich dadurch be-

liebige politische Interventionen mit dem Hinweis rechtfertigen, man müsse die Versäumnisse der Marktwirtschaft ja korrigieren.

Diese Auffassungen resultieren aus dem grundlegenden Missverständnis, ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit müssten sich stets als Antagonisten verhalten. Durch diesen suggerierten Trade-off ergeben sich zwangsläufig Opportunitätskosten für den Ausbau eines dieser Kriterien. Dabei ermöglicht der Innovationsprozess, der durch den Wettbewerb innerhalb der Marktwirtschaft geschaffen wird, erst den sozialstaatlichen Ausgleich, der sich wiederum wettbewerbsfördernd auswirken kann. Wenn soziale Gerechtigkeit als Teilhabemöglichkeit verstanden wird, d.h. der Staat es den Menschen durch Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie soziale Absicherung erst ermöglicht, gewisse Risiken für produktive Vorhaben einzugehen, dann kann die Gesellschaft unter dem Strich als Ganzes davon profitieren. Dadurch bilden Investitionen in Humankapital und die Absicherung sozialer Risiken durch die institutionelle

Rahmenordnung nicht zwangsläufig einen Trade-off. Der Wettbewerb schafft überhaupt erst die Voraussetzung für sozialstaatliche Umverteilung, wodurch sich gesellschaftliche Solidarität in modernen Gesellschaften nicht durch individuelle Handlungen, sondern durch soziale Absicherung ergibt.

Der Staat sollte zwar die Rahmenordnung für das wirtschaftliche Geschehen planen und durchsetzen, allerdings nicht als Steuerungsprimat, sondern allein dafür, dass sich der Wirtschaftsprozess – innerhalb der Spielregeln – möglichst effizient und vollkommen frei entfalten kann. Das bedeutet, dass nicht die Spielzüge der einzelnen Akteure mit moralischen Appellen verändert werden sollen, sondern die Spielregeln, in denen glaubwürdige sanktionsbewehrte institutionelle Arrangements so etabliert werden, dass es zu einer kollektiven Selbstbindung kommt. Die praktische Bedeutung liegt darin, nicht den einzelnen Bürger oder das einzelne Unternehmen für seine Handlung verantwortlich zu machen, sondern

den Staat den Ordnungsrahmen so setzen zu lassen, dass nicht erwünschtes Verhalten sanktioniert wird. Dies kann zum Beispiel durch einen Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen in Form von Lenkungssteuern oder einem Zertifikate-Handel erreicht werden, der die externen Effekte internalisiert. So sollten SUV-Fahrer, Vielflieger oder energieintensiv produzierende Konzerne nicht für ihr Vorgehen verantwortlich gemacht werden, sondern der Ordnungsrahmen ihre Handlungsmöglichkeiten so anpassen, dass diese keine gesellschaftlich unerwünschten Folgen mit sich bringen.

Ein weiteres Beispiel bietet die Buchpreisbindung. Wo Befürworter oft emotional argumentieren und durch eine potenzielle Abschaffung der Buchpreisbindung eine Einschränkung von „Qualität und Vielfalt“ prognostizieren, argumentiert die Monopolkommission anders. Um solch einen schwerwiegenden Markteingriff – eine Unterbindung des Preiswettbewerbs auf der Endhandelsstufe – zu rechtfertigen, müsse zuerst bewiesen werden, dass dieser überhaupt zum Schutz des



Kulturguts Buch beitrage. Ein wesentlicher Vorteil der Abschaffung der Buchpreisbindung bestände darin, den Wettbewerb zwischen Händlern und Verlagen zu stärken, was zu niedrigeren Preisen und somit zu einer höheren Nachfrage nach Büchern führen würde. Das hätte einen doppelt positiven Effekt: Die Nachfrage nach Büchern stiege und die Konsumenten profitierten von niedrigeren Preisen, was Teile des Einkommensverlusts der Anbieter kompensieren könnte; dem gesamtgesellschaftlichen Ziel von mehr lesenden Menschen wäre dabei in jedem Fall geholfen. Durch die Intensivierung des Wettbewerbs würde es Händlern zudem zunehmend schwerfallen, sich dem Strukturwandel weiter zu entziehen; diese würde dafür sorgen, dass Kostenvorteile durch niedrige Endkundenpreise an die Konsumenten weitergereicht werden können. Von dem dadurch entstehenden Zwang zur Innovation und der Beseitigung einer Markteintrittsbarriere profitierten nicht nur die Konsumenten, sondern langfristig die gesamte Branche.

Die Kunst der Ordnungspolitik ist es daher, in konkreten Problemsituationen Regeln zu finden, die nicht nur Partikularinteressen, sondern breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen. Auf diese Thematik hatte Mancur Olson bereits 1965 in seinem Werk **Die Logik des kollektiven Handels** ausdrücklich hingewiesen. Wenn Ludwig Erhards **Wohlstand für Alle** wirklich ernst genommen werden soll, dann ist es Aufgabe der Politik, den Ordnungsrahmen so anzupassen, dass dieser einem Großteil der Menschen zugutekommt. Dies kann nur durch eine Stärkung des Wettbewerbs gelingen. Die staatliche Rettung der Fluglinie Condor, die industriepolitischen Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmeier zu „Nationalen Champions“, Subventionen für kriselnde Industriezweige, eine protektionistische Handelspolitik, aber auch ein lascher regulatorischer Umgang mit monopolartigen Internetkonzernen erreichen genau das Gegenteil. Um es mit den Worten Erhards auszudrücken: *„Maßstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte,*

*sondern ist ausschließlich der Mensch, der Verbraucher, das Volk“.*

Die zukünftige Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft besteht also genau darin, den Ordnungsrahmen so zu gestalten, dass er allen Menschen zugutekommt und sich nicht verleiten lässt, einer lautstarken Minderheit Vorteile auf Kosten der Mehrheit zu verschaffen, was Erhard programmatisch mit der Überschrift seines sechsten Kapitels in **Wohlstand für Alle** ausdrückt: „*Wirtschaftsminister, nicht Interessensvertreter*“. Das kann dadurch erreicht werden, dass die Soziale Marktwirtschaft auch als Aufklärungsbegriff verstanden wird, indem sie aufzeigt, wie durch institutionelle Arrangements kollektive Bindungen implementiert werden können, die ungewünschtes Verhalten in Dilemmasituationen verhindern und zu Win-win-Situationen führen können.

# **Update erforderlich: Die Digitalsoziale Marktwirtschaft**

**Essay von Christian Allié**

Mehr Wettbewerb, eine effizientere Ressourcennutzung und sinkende Transaktionskosten – das sind die Versprechen der Digitalen Ökonomie. Doch sind die Veränderungen der Digitalisierung auch vereinbar mit unseren ordnungspolitischen Vorstellungen? Bereits heute verändern digitale Innovationen unsere Art zu arbeiten, den Besitz von Gütern sowie den unternehmerischen Wettbewerb und drohen so, die Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft einstürzen zu lassen.

## **Neue Arbeit**

Besonders im IT-Bereich, aber auch in klassischen Branchen der „Old Economy“, geht der Trend zu mehr selbstständigen, projektbasierten Arbeiten.

Die Vorteile für die Arbeitnehmer sind flexiblere Arbeitszeiten, abwechslungsreiche Projekte und die Unabhängigkeit von einem bestimmten Arbeitgeber und Büro. Ein Nachteil wiegt aber besonders im Sozialversicherungsbereich schwer: Selbstständige zahlen im Allgemeinen keine Sozialversicherungsbeiträge. Findige Unternehmer können daraus Kapital schlagen, indem sie Personen als Selbstständige anstellen, obwohl sie de facto wie jeder andere Arbeitnehmer in das Unternehmen eingebunden sind.

Um dieser sogenannten Scheinselbstständigkeit Herr zu werden, prüft die Deutsche Rentenversicherung das Anstellungsverhältnis bei jedem Auftrag nach verschiedenen Kriterien. Lautet das Ergebnis einer solchen Untersuchung auf Scheinselbstständigkeit, werden teilweise drastische Beitragsnachzahlungen fällig. Für viele Freelancer der IT-Branche ist aber oftmals eine Einbindung in das Unternehmen unerlässlich. Wenn diese deshalb als Scheinselbstständige gebrandmarkt werden, bedeutet das für sie finanzielle Einbußen oder so-

gar eine Strafverfolgung. Als Konsequenz werden Arbeitsverträge komplizierter und Unternehmen lagern zunehmend IT-Dienstleistungen ins Ausland aus – der gut gemeinte Ansatz zum Schutz vor Ausbeutung wird zum Nachteil für die, die man eigentlich schützen will. Ein adäquater Ordnungsrahmen für die neue Arbeitswelt ist somit unerlässlich, ansonsten wird die Vertragsfreiheit durch eine fehlende Rechtssicherheit unterminiert.

## **Neue Besitzformen**

Nicht nur unsere Arbeitswelt wird flexibler, sondern auch der Umgang mit Gütern. In der Digitalen Ökonomie geht der Trend zur Sharing-Economy: Produkte werden geteilt und geliehen, anstatt sie selbst zu besitzen. Dadurch entsteht ein größerer Wettbewerb zwischen den Anbietern, die Verbraucher profitieren durch eine größere Auswahl und niedrigere Preise. Plattformen wie *Airbnb* treten als Dienstleister auf, die eine temporäre Nutzung von Gütern zwischen Privatpersonen vermitteln. Diese Tauschhandlungen sind zwar kein immanen-

tes Phänomen der digitalen Welt, jedoch hat sich der Kreis von potenziellen Verbrauchern und Anbietern durch das Internet und die Bewertungssysteme auf den Plattformen massiv vergrößert. Dadurch entstand ein neuer Massenmarkt, der durch die gemeinsame Nutzung der Ressourcen unsere Auffassung von Privateigentum und Haftung einzureißen droht. Konträr zur Unsicherheit mancher bleiben jedoch auch beim temporären Verleihen die Eigentumsrechte klar verteilt – eine gemeinsame Nutzung führt nicht zu einem gemeinsamen Besitz. Daher bleibt auch das Haftungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft bestehen: Der private Anbieter ist für sein Eigentum verantwortlich und muss bei Missbrauch auch zur Rechenschaft gezogen werden. Was sich verändert hat, ist zwar der Umfang des Leihens und Verleihens – unsere Soziale Marktwirtschaft hat jedoch abseits von überstürzten und wirkungslosen Verboten ein umfassendes Instrumentarium, diese Prozesse zu regulieren. Ein größeres Problem bei diesen Angeboten liegt in der divergierenden Regulierung von privaten und gewerblichen Anbietern und den da-

raus resultierenden Wettbewerbsverzerrungen.

## **Neuer Wettbewerb**

Ein größerer Wettbewerb durch digitale Innovationen bedeutet nicht automatisch einen besseren Wettbewerb. Vor allem verschiedene Regularien für private und gewerbliche Anbieter besitzen das Potential, den Wettbewerb negativ zu verzerren. Bei privaten Anbietern von Übernachtungsmöglichkeiten werden beispielsweise die Richtlinien zum Brandschutz und Hygienevorschriften nicht angewandt – für das Hotelgewerbe ist dies ein klarer Wettbewerbsnachteil. Im Gegensatz dazu kann jedoch auch – wie im Falle des Fahrtenvermittlers Uber – eine gleiche Regulierung zum faktischen Verbot eines Anbieters führen. In Deutschland benötigt man einen Personenbeförderungsschein samt Ortskundeprüfung, um Menschen von einem zum anderen Ort transportieren zu dürfen: Für das Geschäftsmodell von Uber ist das der Super-GAU. Ist dies wirklich eine notwendige Voraussetzung oder nur der Versuch, eine be-



stimmte Berufsgruppe zu schützen? „Tatsächlich möchte man sich abschirmen, Zäune um Berufe ziehen, man möchte abwehren, möchte schützen, Positionen mit künstlichen Mitteln bewahren“, schrieb bereits Ludwig Erhard im Hinblick auf derartige Befähigungsnachweise. Dabei sollte der Gesetzgeber dies zum Anlass nehmen, die Bürokratie abzubauen und überkommene Richtlinien anzupassen. Orientierungspunkt sollte hierbei sein, ob es denn ohne eine bestimmte Regulierung wirklich zu Marktversagen kommt.

Weiterhin können sich bei großen Internetunternehmen wie **Facebook, Amazon oder Google** monopolistische Strukturen ausbilden, wenn sie durch Netzwerkeffekte auf ihren Plattformen eine besondere Marktmacht erreichen. Ein Monopol behindert den Wettbewerb, da es durch seine Marktmacht das Angebot künstlich verknappt und so die Preise steigen lässt. Nun verhält es sich in der Digitalen Ökonomie aber so, dass viele Leistungen kostenlos erbracht werden und damit nach alter Definition kein Markt vorliegt. Als Fol-

ge gestalteten sich etwaige Monopolermittlungen äußerst schwierig.

Mit der **9. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen** reagierte der Gesetzgeber jedoch im Jahr 2017: seitdem besteht auch dann ein Markt, wenn eine Leistung kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Auch wurden Kriterien wie das Ausmaß der Netzwerkeffekte und der Zugang zu wettbewerbsrelevanten Daten in die Bewertung der Marktmacht eines Unternehmens aufgenommen. Zukünftig müssen aber vor allem bei vermehrten Übernahmen innerhalb einer Branche, wie es bei Facebook mit den Kommunikations-Apps Instagram und WhatsApp vorkam, noch stärkere Übernahmekontrollen angewandt werden. Wenn andere Plattformen im Bereich der sozialen Medien für Nutzer keine reelle Alternative mehr darstellen, werden die Markteintrittsbarrieren unverhältnismäßig hoch und die Marktmacht eines Unternehmens erreicht eine kritische Schwelle.

Um in der Zukunft zu bestehen, muss unser

Wirtschaftsstil und dessen Ordnungspolitik die Geschäftsmodelle der Digitalen Ökonomie verstehen und sich dahingehend anpassen. Weder vorschnelle Verbote noch eine Laissez-faire-Politik gegenüber den Digitalunternehmen werden den Wohlstand in Deutschland zukünftig sichern. Die Soziale Marktwirtschaft wurde niemals derart konzipiert, dass sie an alten Prinzipien und immer gleichen Richtlinien stur festhält. Besonders heute gilt es, dies zu verinnerlichen und der Sozialen Marktwirtschaft ein Update für das 21. Jahrhundert zu verordnen.

# Die neue soziale Frage

## Essay von Louis Groß

Nach dem Zweiten Weltkrieg brechen in der Bundesrepublik die „goldenen dreißig Jahre“ an. Aber das Modell, auf dem die Gesellschaft ihren Wohlstand aufgebaut hat, stößt an seine natürlichen Grenzen. Und sorgt für neue Herausforderungen...

Die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte ist eine Geschichte des Wachstums. Die wirtschaftliche Wertschöpfung übertrumpft sich Jahr um Jahr, erklimmt nie da gewesene Höhen, wird mehr, mehr und mehr. Gleichzeitig verbessern sich auf ungeahnte Weise die Lebensverhältnisse der vielen Millionen Menschen, deren Alltag zuvor von der Launenhaftigkeit der Lohnarbeit geprägt, ja abhängig war: längerfristige Einkommenssicherheit, ausgedehnte Bildungschancen, gesundheitliche Versorgung.

Plötzlich ist da für die breite Masse mehr zur Verfügung als das Nötigste; etwas, das über die grundlegenden Bedürfnisse hinausreicht. Arbeiter winken dem Proletariat hinterher – ein biographischer Abschied –, sie sind jetzt Bürger.

Dass es so kam, lag maßgeblich daran, dass der Staat sich das Wohlergehen der gesamten Bevölkerung zur Aufgabe machte. Durch einen rechtlichen Rahmen gewährleistete er, was eine Marktwirtschaft allein nicht zwangsläufig bedingt: dass eine Mehrheit der Gesellschaft von den Wachstumsgewinnen zehren kann. Es ist die Geburtsstunde der „sozialen Marktwirtschaft“. Arbeitsschutz, Tarifrecht, Ausbildungsförderung, Sozialversicherungen und vieles mehr tragen dazu bei, die Lebenschancen mehrerer Generationen in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung gleichmäßiger zu verteilen. Wesentlich geprägt wurde das Konzept von dem Ökonomen Alfred Müller-Armack und dem ersten Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard. Ein historischer Kompromiss zwischen der Erzeugung größtmög-

lichen Wohlstands bei bestmöglicher sozialer Absicherung.

Bei aller (berechtigter) Lobpreisung – das Versprechen vom „Wohlstand für alle“ bedeutet (bis heute) natürlich nicht, dass alle gleichermaßen vom Wohlfahrtsstaat profitieren. Man denke nur daran, wie geschlechterungerecht manche Leistungen verteilt sind (etwa die Altersrenten) oder wie konsequent sich der Sozialstaat gegen Ansprüche nichtdeutscher Bürger\_innen abzuschotten weiß. Beispielsweise mit abgesenkten Mindestleistungen für Asylbewerber\_innen. Trotzdem: im Grunde ist der Wohlfahrtsstaat eine ziemlich populäre Einrichtung. Warum auch nicht, verwandelt er doch Wirtschaftswachstum mehr oder weniger zielstrebig in gesellschaftliches Wohlergehen. Das zumindest war und ist über Jahrzehnte hinweg die lebensweltliche Erfahrung vieler Wohlfahrtsbürger\_innen – und genau hier liegt das Problem.

Wenn von weitsichtigen Unternehmer\_innen bis

hin zu Bezieher\_innen von Sozialhilfeleistungen alle von den wohlfahrtsstiftenden Effekten profitieren, die auf einem stetigen Wirtschaftswachstum beruhen, dann herrscht bei der Frage über den Erhalt dieses Funktionszusammenhangs wie selbstverständlich eine große Einigkeit. Nicht umsonst warb die CDU bei der Europawahl 2014 mit dem Slogan: „Wachstum braucht Weitblick. Und einen stabilen Euro“; während die SPD sich stark machte für „Ein Europa des Wachstums. Nicht des Stillstands.“

Aber die Wachstumsformel, die lange Zeit so prächtig zu funktionieren schien, geht nicht mehr auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs in den 1950er Jahren – den Wirtschaftswunderjahren – um mehr als 8 Prozent pro Jahr. In den folgenden Jahrzehnten sanken die Zuwachsraten zunächst auf rund 4 Prozent in den 60ern, 2,6 Prozent in den 70ern, nur um dann in den 90ern nochmal auf 1,2 Prozent abzusinken. Das hat mehrere Gründe, der offensichtlichste ist jedoch: Je höher das BIP insgesamt, desto größer müssen die Zu-

wächse in absoluten Zahlen sein, um die Wachstumsrate konstant zu halten. Zwischen 2 Prozent BIP-Wachstum im Jahr 1970 und 2 Prozent im Jahr 2020 herrscht eben in absoluten Größen ein gewaltiger Unterschied.

Selbst, wenn man sich diese Erkenntnis vergegenwärtigt, sind die ungeheuren Mengen an Ressourcen, die jeden Tag verbraucht werden, um den globalen Wachstumsmotor weiter anzufeuern – ganz abgesehen von der Arbeit, die in vielen Teilen der Welt unter prekären Bedingungen geleistet wird –, höchstens ansatzweise vorstellbar. Angesichts dieser Tatsache erscheint die gesellschaftliche und politische Fixierung auf immer neue (positive) Wachstumsraten nahezu grotesk. Die meisten Folgen sind hinlänglich bekannt. Um zu begreifen, wie schlimm es um den Planeten steht, braucht es keinen weiteren Klimareport. Was soll es also kosten, bis wir die Nadeln lösen, mit denen wir an den Status quo gepinnt sind? Noch mehr irreversible Naturzerstörung? Die Demokratie?



Denn natürlich lauern diejenigen bereits, die unzufrieden sind, die sich nicht mehr aufgefangen fühlen in den brüchigen Netzen eines maroden Systems. Die sich entfremdet fühlen, weil ihre Lebensrealität ihnen klar vor Augen führt, dass ein Anstieg der Wirtschaftsleistung eben doch nicht, oder nicht mehr, gleichzusetzen ist mit dem Anstieg des individuellen Wohlstands. Ihr Protest manifestiert sich an den Wahlurnen, weil ihre Ohren empfänglich sind gegenüber dem bitter-süßen Ruf der Populisten nach dem guten alten (Wirtschafts-)Nationalismus. Das Wohlfahrtsversprechen, es scheint für immer mehr Menschen seine Gültigkeit verloren zu haben. Die Bundesregierung, ja Regierungen in ganz Europa, lassen sich davon aber freilich nicht beirren; sie verharren weiter munter auf dem Wachstumspfad, der nur eine Richtung kennt, der eine Einbahnstraße ist. Alternative Ideen zerschellen am Argument der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Das Dilemma ist doch – und diese Unterstellung soll gestattet sein –: wahrscheinlich wissen

die entsprechenden politischen Vertreter\_innen selbst am besten, dass die Frage nicht lautet, ob es für immer so weitergehen kann. Sondern eher: wie lange noch? Und das Beharren auf ein „Weiter so“ daher rührt, dass es noch keine zufriedenstellende Antwort gibt auf zukunftsentscheidende Fragen wie: wie können Arbeitsplätze, Bildung, Renten und die medizinische Versorgung gewährleistet werden, ohne auf stetiges Wachstum angewiesen zu sein? Denn was passieren kann, wenn in diesem Wirtschaftssystem die Nabelschnur zum nährenden Wachstum unerwartet durchtrennt wird, das hat man beispielsweise an der Finanzkrise 2008 gesehen. Man wird es auch – vermutlich mindestens ebenso drastisch – an den Folgen des Corona-Virus zu spüren bekommen, das nicht nur Menschen, sondern auch Volkswirtschaften infiziert.

Das Versprechen vom Wohlstand für alle, der generiert werden soll durch immer größere BIP-Zuwächse, ist nicht zeitgemäß, es ist reaktionär. Ebenso wie das Verständnis, Wohlstand oder Le-

bensqualität als Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft zu betrachten. Bis jedoch der Zeitpunkt erreicht ist, an dem die Weltbevölkerung einen mehrheitlich zufriedenstellenden Kompromiss gefunden hat, sich von ihren folgenschweren Wachstumszwängen zu emanzipieren, ist es zumindest nötig, dem ökonomischen Wachstum als Bestandsgröße für Wohlstand und Lebensqualität einige zusätzliche Dimensionen zur Seite zu stellen.

Eine Neufindung des Wohlstandsbegriffs auf Grundlage einer umfassenderen Definition menschlicher Bedürfnisse ist überfällig. Zum Wohl der Akteure in ihr braucht eine Volkswirtschaft eine Kennzahl, die nicht nur ökonomischen oder technischen, sondern auch gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt abbildet. Denn neben befriedigten materiellen Grundbedürfnissen ist es ebenso wichtig, in einer Gesellschaft verankert zu sein, die sozial, solidarisch und ökologisch nachhaltig agiert und dabei selbstbestimmtes Handeln nicht einschränkt. Alternative

Steuerungsgrößen dieser Art gibt es längst, etwa den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) oder den Happy Planet Index (HPI). Beide haben ihre Vor- und Nachteile, könnten jedoch einen Anhaltspunkt geben für eine mehr an menschlichen Bedürfnissen orientierte Politik sowie global verantwortungsbewussteres Wirtschaften.

Die Aufgabe eines Wohlfahrtsstaates wird es zukünftig sein, einen Wettbewerbsrahmen vorzugeben, in dem Formen des Wirtschaftens gedeihen können, die der (teilweise) rücksichtslosen Profitmaximierung andere Prioritäten wie zum Beispiel den Klimaschutz voranstellen. Spinnt man den Gedanken anhand dieses Beispiels fort, wird und darf es eine Welt des billigen Fleisches und Fliegens künftig nicht mehr geben. Mit der Konsequenz, dass ein Großteil der Mobilitäts- und Ernährungsgewohnheiten vieler Menschen grundlegend verändert und/oder nicht mehr finanzierbar wird, wird es folglich eine weitere Aufgabe dieses Staates sein, die durch neuartige Herausforderungen wie den Klimawandel

zwangsläufig aufgeworfenen Fragen der sozialen Gleich- und Ungleichheit noch einmal völlig neu zu verhandeln.

# Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt

Essay von Steffen Zetzmann

Ludwig Erhards „Wohlstand für Alle“ entsteht auf der Grundlage eines stetigen Wirtschaftswachstums. „Es ist viel leichter, jedem einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen“, so schreibt Erhard in seinem gleichnamigen Bestseller. Aber kann der Kuchen wirklich immer größer werden?

Diese Frage erinnert an längst vergangene Zeiten. Ende des 18. Jahrhunderts äußerte der berühmte britische Nationalökonom Thomas Robert Malthus sorgenvoll, dass aufgrund des rasant steigenden Bevölkerungswachstums die Menge an Nahrungsmittel auf Dauer nicht ausreichen wer-

de. Diese Skepsis hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Durch ihren Erfindergeist und neue Technologien auch für die Herstellung von Nahrungsmitteln konnten die Menschen derartig große Effizienzsteigerungen erreichen, dass die Nahrungsmittel für die immer größere Bevölkerung tatsächlich ausreichten.

Die neoklassische Wachstumstheorie geht daher weit optimistischer als Malthus davon aus, dass wir trotz endlicher Ressourcen langfristig ein stetiges Wachstum haben können – dem technischen Fortschritt sei Dank. Auf dieser Annahme basiert auch Ludwig Erhards **Wohlstand für Alle**. Dass dieses unendliche Wachstum jedoch einen Preis hat, konnte und wollte man zu den Zeiten Erhards nicht sehen. Heute wird uns jedoch nur zu deutlich bewusst, was dies bedeutet.

Am 29. Juli 2019 war der Earth Overshoot Day. Das ist der Tag eines jeden Jahres, an dem alle Ressourcen der Erde verbraucht wurden, welche die Natur innerhalb dieses Jahres nachhaltig rege-

nerieren kann. Dieser Tag rückt jedes Jahr weiter nach vorne in Richtung Jahresanfang. Konkret bedeutet dies: Seit dem 29. Juli leben die Menschen auf Kosten der zukünftigen Generationen und auf Kosten der Natur. Alle Ressourcen, die seit diesem Tag verbraucht werden, können sich nicht mehr nachhaltig regenerieren und sind damit für die Zukunft verloren.

Der heutige Wohlstand ist ein Wohlstand auf Kosten der Zukunft; Erhards **Wohlstand für Alle** gilt somit nicht für zukünftige Generationen. Die Folgen der Übernutzung der natürlichen Ressourcen werden uns mehr denn je durch den Klimawandel vor Augen geführt. Wenn die Menschen die Natur weiter in diesem unverträglichen Maß ausbeuten, nehmen sie sich ihre eigene Existenzgrundlage. Das Erhard'sche Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft muss dringend die natürlichen Beschränkungen der Natur berücksichtigen. Im Bereich der Fiskalpolitik hat Deutschland eine Schuldenbremse eingeführt und sich damit



selbst die Hände gebunden. Die Schuldenbremse legt fest, dass der Staat keine Ausgaben in einem hohen Maß über seinen Einnahmen tätigen darf. Genauso bedarf es einer **ökologischen Bremse**, die die Gesellschaft daran hindert, Ressourcen in einem zu hohen Maß zu verbrauchen.

Kein Wachstum ist auch keine Lösung. Die Weltbevölkerung steigt stetig an. Um den Wohlstand zumindest konstant zu halten, muss somit der Kuchen größer werden. Dafür wird ein nachhaltiges, ökologisch vereinbares Wachstum benötigt. Innovationen im Bereich der effizienten Nutzung von Ressourcen sind von größter Wichtigkeit. Es bedarf ebenso neuer Technologien, wie mehr bei gleichzeitig geringerem Ressourceneinsatz produziert werden kann, sowie innovativer Ideen im Bereich des Recyclings.

Wären alle Ressourcen im Überfluss vorhanden, bedürfte es keiner „Ökonomie“, denn diese ist die Lehre von der effizienten Nutzung knapper Ressourcen. Genau hier liegen ihre Stärke und

der entscheidende Vorteil einer Marktwirtschaft. Das Profitstreben der Unternehmen führt in einem funktionierenden Markt gerade nicht zu einer Verschwendung, sondern zu einer effizienten Nutzung der Ressourcen. Jede Verschwendung kostet Geld. Da ein Unternehmen seine Kosten minimieren und somit den Gewinn vergrößern möchte, wird es versuchen, jede Vergeudung zu vermeiden. Ludwig Erhard hat dabei die Marktwirtschaft der gewinnorientierten Unternehmen mit dem Etikett „sozial“ dahingehend revolutioniert, dass der Marktmechanismus mit einer sachten Umverteilung einhergeht, die es allen erlaubt zu profitieren. In der heutigen Zeit gilt es, noch einen Schritt weiter zu gehen. Es kommt jetzt darauf an, die natürliche Beschränkung der Natur mit aufzunehmen und diese anreizkompatibel in den marktwirtschaftlichen Prozess zu integrieren. Wir benötigen eine **Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft**. Diese neue Form der sozialen Marktwirtschaft soll den Wohlstand für wirklich alle, also auch die zukünftigen Generationen, sichern.



**Tobias Kohlstruck**

Tobias Kohlstruck ist seit Anfang 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg. Zuvor studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Goethe Universität und Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der fiskalischen Nachhaltigkeit, der Beamtenversorgung sowie der Geschichte des ökonomischen Denkens. Er ist regelmäßiger Autor des ökonomischen Blogs Wirtschaftliche Freiheit.



**Christian Allié**

Christian Allié hat sein Bachelorstudium in Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg erfolgreich abgeschlossen und arbeitet nebenbei am dort ansässigen Institut für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik. Seine akademischen Interessen liegen in der Makroökonomie, Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik, während er sich abseits des Studiums mit der Softwareentwicklung im Webbereich und dem Schreiben beschäftigt. In der Interdisziplinarität, Transparenz und Klarheit im Wort liegen für ihn die Kernpunkte gelungener ökonomischer Wissenschaft.



**Louis Groß**

In Freiburg lebend und Volkswirtschaft studierend, arbeitet Louis Groß stets an der Entstereotypisierung seines Studiengangs. Sein ausgeprägtes Interesse für Umweltökonomik ist vermutlich ebenso der Sozialisierung im Freiburger Raum geschuldet, wie seine Sympathie für den SC. In diesem Fall, ganz dem Stereotyp entsprechend.



**Steffen Zetzmann**

Steffen Zetzmann studiert Volkswirtschaftslehre und Philosophie im Bachelor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Im Wintersemester 2020/21 soll im Master das Studium der VWL fortgesetzt werden. Während seines Studiums sammelte er praktische Erfahrungen als Tutor für Makroökonomie am Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie und als studentische Hilfskraft am Walter Eucken Institut. Seine Interessensgebiete umfassen verschiedene Bereiche der Makroökonomie sowie der politischen Philosophie.

## **Economics Blog, Think Ordo und „Wohlstand für Alle“**

### **Prof. Tim Krieger im Gespräch über den Einsatz von Blogs in der Hochschullehre**

Herr Professor Krieger, Sie haben einen Essaywettbewerb zu Ludwig Erhards „Wohlstand für Alle“ auf dem Blog „Think Ordo!“ im Rahmen der Veranstaltung „Economics Blog“ veranstaltet. Das klingt verwirrend ...

Das ist es aber gar nicht. Seit einigen Jahren biete ich regelmäßig in jedem Semester eine Lehrveranstaltung an, die sich „Economics Blog“ nennt. In dieser Veranstaltung erlernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie man kurze, aber meinungsstarke Beiträge zu wirtschaftspolitischen Themen schreibt. Diese Beiträge werden dann auf einem Blog mit dem Namen „Think Ordo! – Ordnungspolitik neu denken“ im Internet veröffentlicht, wo sie für alle lesbar sind.

Alle paar Semester schreiben wir einen Essaywettbewerb aus, bei dem die besten Beiträge prämiert und dann auf dem Blog veröffentlicht werden. Der erste Wettbewerb fand im Jahr 2014 statt und war stark von der Euroschuldenkrise geprägt. Das Thema lautete „Haushaltskonsolidierung in Europa: Notwendigkeit oder Dummheit?“. Im Jahr 2017 ging es um eine verwandte Frage: „Der Ordoliberalismus: Fluch oder Segen für Europa?“. Und nun also „Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – für immer ‚Wohlstand für Alle‘?“. Die Themen greifen stets ordnungspolitisch spannende Fragen auf, die wir dann aber zuspitzen, da wir uns kontroverse Beiträge wünschen.

**Kommen wir noch einmal auf Ihre Lehrveranstaltung „Economics Blog“ zurück. Wann und wie kam Ihnen die Idee zum Einsatz eines wirtschaftspolitischen Blogs in Ihrer Lehre?**

Die Idee hatte zunächst einen recht eigennützigen Hintergrund. Ich fand den Gedanken, selber Meinungsbeiträge zu schreiben, immer schon sehr at-



traktiv und war von Blogs frühzeitig fasziniert. Als ich den Ruf an die Universität Freiburg erhielt, habe ich aber einerseits schnell bemerkt, dass ich mit der Entwicklung meiner Lehrveranstaltungen und meinen Forschungsprojekten zu viel zu tun hatte, um einen eigenen ordnungspolitischen Blog mit regelmäßigen Inhalten für möglichst viele Leserinnen und Leser interessant zu machen. Andererseits war es mir wichtig, die Ideen der Ordnungspolitik und vor allem der Freiburger Schule nach außen zu tragen. So kam mir die Idee, eine Lehrveranstaltung zu entwickeln, in der letztlich Studierende die Texte für einen ordnungspolitischen Blog schreiben und zwar in Form von Meinungsbeiträgen.

**Warum sollten sich Studierende darauf einlassen? Das Schreiben von Meinungsbeiträgen klingt nicht nach dem hohen wissenschaftlichen Anspruch, den man in einem Universitätsstudium erwarten würde.**

Das ist eine berechtigte Frage. Tatsächlich erscheint der Anspruch, den ich in der Lehrveranstaltung

verlange, auf den ersten Blick eher trivial. Doch das täuscht, denn ich möchte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestimmte Kompetenzen vermitteln, die für ihr späteres Berufsleben essenziell sind. Unsere Freiburger Studierenden verfügen gegen Ende ihres Studiums über hervorragende theoretische und empirische Wirtschaftskenntnisse, viele davon sind aber sehr komplex und für Nicht-Ökonomen häufig schlecht nachvollziehbar. Deshalb ist es ausgesprochen wichtig zu erlernen, die komplexen Sachverhalte so „herunterzubrechen“, dass sie für bestimmte Zielgruppen zugänglich werden. Dies ist eine Fähigkeit, die beispielsweise im Lehramtsstudium intensiv trainiert wird – in den meisten Fachstudiengängen kommt sie dagegen zu kurz, obwohl die meisten Absolventen später in multidisziplinären Teams arbeiten und dort dann mit ihrer universitär geprägten Herangehensweise zunächst einen Praxisschock erleben.

In die gleiche Richtung geht es einzuüben, Theorien und empirische Evidenz einerseits sorgfältig abzuwägen, andererseits dann aber auch zu einer

Meinung zu kommen und diese zu vertreten. Ich erlaube den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung kein gedankliches „Durchlavieren“ und „Verstecken“ hinter einem wissenschaftlichen Abwägen, das in normalen Seminaren zur Genüge eingeübt wird. Es gibt in den Blogbeiträgen nur: „Steuer rauf“ oder „Steuer runter“, Mindestlohn ja oder nein, nicht aber das berühmt-berüchtigte „Kommt drauf an...“. Das Ziel ist es ja letztlich, die Leserinnen und Leser des Blogs zu überzeugen – auf einer sauberen theoretischen und empirischen Basis, aber mit einer pfiffigen und anschaulichen Argumentationslinie. Für die Teilnehmenden ist dies oftmals eine große Herausforderung, die aber enorme Lerneffekte mit sich bringt.

### **Wie sieht ganz konkret die Umsetzung des Bloggens in der Lehrveranstaltung aus?**

Die Besonderheit dieser Lehrveranstaltung ist, dass die Studierenden eine Doppelrolle als Autorinnen und Autoren sowie Redakteurinnen und Redakteure einnehmen müssen. Nach einer Einführung

in das Bloggen und unseren Blog „Think Ordo!“ – teilweise mit Unterstützung von gestandenen Zeitungsredakteuren der Badischen Zeitung – stellen alle Beteiligten mindestens einen selbst verfassten Blogbeitrag zu einem wirtschaftspolitischen Thema vor. Diesen muss er oder sie dann gegenüber dem Rest der Gruppe inhaltlich verteidigen.

Die daraus folgenden Diskussionen in unserer „Redaktionssitzung“ sind zumeist sehr fruchtbar und bringen Ideen für zusätzliche, überzeugendere Argumente und verbesserte Textstrukturen. Obwohl ich der verantwortliche Dozent bin, verstehe ich mich dabei selber nur als einfaches Redaktionsmitglied und bringe meine Ideen genauso ein wie jeder bzw. jede andere. Im Anschluss an die Diskussionsrunde wird der Beitrag nochmals überarbeitet und von mir redigiert, ehe er auf dem Blog erscheinen kann.

### **Das scheint ein aufwendiger Prozess zu sein...**

Ja, trotz der kleinen Teilnehmerzahl bin ich damit gut beschäftigt, aber das Ergebnis spricht für sich.

Wir erhalten viele positive Rückmeldungen – von den Studierenden, die dabei waren, von Leserinnen und Lesern, von anderen Hochschulen. Die Veranstaltung wurde zudem bereits mit dem Fachschafts- und dem Universitätslehrpreis ausgezeichnet. Die größte Bestätigung ist allerdings, dass ein Großteil der Bewerbungen für eine Teilnahme auf Mundpropaganda zurückgeht.

Der Aufwand, den wir betreiben müssen, bringt aber auch gewisse Nachteile. Beispielsweise können wir keine tagesaktuellen Kommentare veröffentlichen. Dafür sind wir schlichtweg zu langsam. Viele ordnungspolitisch brennende Fragen sind zum Glück nicht kurzfristiger Natur oder betreffen kurzfristige Eingriffe in das Spielgeschehen. Viel mehr geht es zumeist um sinnvolle Spielregeln, die langfristig wirken sollen. Dadurch kann man sich die notwendige Zeit nehmen, um die Beiträge gründlich durchzuschauen. Mir ist es nämlich sehr wichtig, dass die Beiträge inhaltlich und sprachlich so verfasst sind, dass man auch nach Jahren noch zufrieden damit sein kann und sich nicht schämen

muss – immerhin sind die Beiträge ja dauerhaft im Internet abrufbar.

Es gab kürzlich den Fall, dass eine Teilnehmerin in ihrem ersten Bewerbungsgespräch für eine Stelle auf einen ihrer Blogbeiträge angesprochen worden ist. Anscheinend hatte man vor dem Gespräch im Internet nach ihrem Namen gesucht. Der Beitrag passte offenbar gut zum Stellenprofil, denn die Stelle wurde ihr angeboten.

**Wenden wir uns abschließend noch dem aktuellen Essaywettbewerb zu, dessen Ergebnisse in diesem Band versammelt sind. Wie kam es dazu und wie bewerten Sie das Ergebnis?**

Als die ersten Überlegungen für die große Ausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben?“ aufkamen, wurde ich als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Aktionskreises Freiburger Schule gefragt, ob eine Möglichkeit bestünde, Studierende der Wirtschaftswissenschaften, aber auch benachbarter Disziplinen in Freiburg in die Aus-

stellung einzubeziehen, vor allem durch eigene Beiträge, die sich die Besucher anschauen können.

Die Ausstellung ist ja ausdrücklich auch für ein jüngeres Publikum bestimmt, von dem wir gar nicht so genau wissen, welche Einstellung es zur Sozialen Marktwirtschaft hat. So gibt es in Freiburg als „Green City“ viele junge Menschen, die ein Wirtschaftsmodell, das sich allzu stark an einer reinen Wachstumslogik orientiert, kritisch sehen. Betrachten sie deshalb auch die Soziale Marktwirtschaft mit Skepsis oder sehen sie darin – vielleicht mit gewissen Anpassungen – einen Weg, Ökologie und Ökonomie einander näher zu bringen? Ist die Soziale Marktwirtschaft aus ihrer Sicht ausreichend marktwirtschaftlich bzw. sozial?

Der Zusatz „für immer ‚Wohlstand für Alle?‘“ in unserem Aufruf zur Teilnahme sollte die Interessenten motivieren, derartige Fragen zu stellen und idealerweise auch zu beantworten. Betrachtet man die Beiträge in diesem Band, sieht man, dass diese Frage angegangen, aber sehr unter-

schiedlich beantwortet worden ist. Es sind diese Debatten, die wir heutzutage dringend benötigen, und wenn der Blog „Think Ordo!“ ein wenig dazu beitragen kann, dann ist das für mich ein großer Erfolg.

**Herzlichen Dank, Herr Professor Krieger, und weiterhin viel Erfolg und Spaß bei der Umsetzung Ihres Blogs!**



# **Der Aktionskreis Freiburger Schule – Initiative für Ordnungspolitik**

Der Aktionskreis Freiburger Schule e.V. – Initiative für Ordnungspolitik ist ein aktives, unabhängiges und zukunftsorientiertes Netzwerk mit Tradition.

## **Netzwerk**

Der Aktionskreis Freiburger Schule versteht sich als lebendiges und weit verzweigtes Netzwerk, in dem sich Menschen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und engagierter Bürgerschaft zusammengeschlossen haben. Wir setzen und suchen Impulse für innovatives Denken und zukunftsfähige Rahmenbedingungen, die eine freie, soziale und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft zum Wohl der Menschen ermöglichen.

Wir stehen für Freiheit, fairen Wettbewerb und die eigenverantwortliche Selbstbestimmung der Bürger.

## **Unterstützung des Walter Eucken Instituts**

Der Aktionskreis Freiburger Schule leistet einen Beitrag für ein zukunftsfähiges Deutschland und Europa. Dazu setzen wir uns als unabhängige Initiative für Ordnungspolitik in enger Partnerschaft mit dem Walter Eucken Institut für eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik durch ordnungspolitische Reformen ein. In diesem Sinne unterstützen wir insbesondere die Forschungsarbeit am Institut.

## **Brückenschlag zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft**

Der Aktionskreis Freiburger Schule bringt Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen. Wir bieten ein spannendes Veranstaltungsprogramm mit kompetenten Referenten über aktuelle ordnungspolitische Fragestellungen und die Herausforderungen der Zukunft. Wir sorgen für verlässliche Informationen und analysieren politische Entwicklungen.

Unser Netzwerk pflegt einen offenen ordnungspolitischen Diskurs zu grundsätzlichen und aktuellen Themen in Präsenzveranstaltungen aber auch auf digitalen Plattformen.



*Stehend, v. li.:* Paul Becker, Dr. Olaf Prüßmann, Dipl.-Volksw. Wendula von Klinckowstroem, Prof. Dr. Tim Krieger, Martin Lätsch, Dr. Gerhard Kempter, Michael Pistecky, Dr. Susanne Cassel, Christian Noll, Dr. Franziska Pankow, Prof. Dr. Heike Walterscheid. *Ganz hinten, v. li.:* Julius von Gleichenstein, Dr. jur. Ernst Ulrich Dobler (stv. Vorsitzender) *Sitzend:* Margot Selz (Erste Vorsitzende)

## **In die Öffentlichkeit wirken – Impulse setzen**

Der Aktionskreis Freiburger Schule will offene Denkprozesse und ordnungspolitische Debatten initiieren. In Anlehnung an das Werk Walter Euckens möchten wir wissenschaftlich fundiert aufzeigen, welche grundsätzliche Bedeutung die Bindung an Regeln für eine freiheitliche und funktionsfähige Marktwirtschaft hat, die den Menschen im Mittelpunkt sieht. Durch die Wahl von Format und Moderation ge-

währleisten wir einen regen Austausch der Standpunkte. So leisten wir einen aktiven Beitrag zur bürgerschaftlichen Diskussionskultur in Freiburg und darüber hinaus.

## **Ökonomische Bildung für junge Erwachsene**

Eine offene demokratische Gesellschaft braucht mündige Bürger. Ökonomisch-politische Bildung ist der Schlüssel, um das eigene Leben selbstbestimmt und verantwortungsvoll in die Hand zu nehmen und den ökonomisch geprägten Alltag souverän und kompetent zu bewältigen.

Mit unserer Ausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben?“ möchten wir jungen Erwachsenen und Studierenden die Funktionsweise des Wirtschaftens und die Werte, die hinter unserer Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft stehen, vermitteln. Es ist unser Anliegen, einen generationenübergreifenden Diskurs über heutige und zukünftige Herausforderungen an unsere Wirtschaftsordnung durch Digitalisierung, Protektionismus, Globalisierung, Ethik, Klimawandel und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen.

# **Aktionskreis Freiburger Schule – Initiative für Ordnungspolitik**

**NETZWERK MIT TRADITION**

**unabhängig – aktiv – zukunftsorientiert**

## **Grundlage**

**SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**

**Freiheit – Demokratie**

**Wettbewerb – Selbstverantwortung**

## **Maßnahmen**

**Förderung ordnungspolitischer  
Grundlagenforschung**

**Profunde Informationen und  
wissenschaftliche Erkenntnisse**

**Wissenschaft verständlich kommunizieren**

**Impulse setzen – Debatten initiieren**

## **Ziel**

**Ordnungspolitische Neuorientierung**

**i.S. verlässlicher Rahmenbedingungen für  
ein zukunftsfähiges Deutschland und Europa**



# FREIHEIT WAGEN – ORDNUNG GEBEN

Ich trete dem Aktionskreis Freiburger Schule e.V. bei

als Mitglied (100,- Euro/Jahr)\*, als Freund (250,- Euro/Jahr)\*

als Förderer (500,- Euro/Jahr)\*

als Donator ( \_\_\_\_\_ , - Euro/Jahr ab 2500,- Euro)\*

Studentenbeitrag, fördernd (10,- Euro/Jahr)\*

\* siehe [www.aktionskreis-freiburger-schule.de](http://www.aktionskreis-freiburger-schule.de)

Ich bin mit der öffentlichen Nennung meiner Person/Firma als Unterstützer des  
„Aktionskreises Freiburger Schule e.V.“ einverstanden.

Ja            Nein

Ich erteile eine Einzugsermächtigung für meinen Beitrag (jederzeit widerrufbar):

---

Kontoinhaber

---

Bank

IBAN | BIC

---

Name | Firma

---

Adresse

---

Datum

Unterschrift

Der Aktionskreis Freiburger Schule e.V. ist als gemeinnützig gem. §§ 51ff. AO anerkannt.  
Eine Spendenbescheinigung geht Ihnen unmittelbar nach Eingang Ihres Beitrages zu.

Bitte faxen Sie die Beitrittserklärung an Fax: 0761 7 90 97-97 oder schicken Sie sie per Post an:  
Aktionskreis Freiburger Schule e.V., Goethestraße 10, 79100 Freiburg

## **Spendenkonto:**

Volksbank Freiburg | IBAN: DE48 6809 0000 0025 6222 00 | BIC: GENODE61FR1

Aktionskreis  **Freiburger Schule**  
Initiative für Ordnungspolitik

Aktionskreis Freiburger Schule e.V. – Initiative für Ordnungspolitik  
Goethestraße 10, 79100 Freiburg i.Br. | Telefon 0761 790 97 0  
Fax 0761 790 97 97 | [aktionskreis@freiburger-schule.de](mailto:aktionskreis@freiburger-schule.de)  
[www.freiburger-schule.de](http://www.freiburger-schule.de)

**Think** **Ordo!**  
Ordnungspolitik **neu denken**

[www.think-ordo.de](http://www.think-ordo.de)

Prof. Dr. Tim Krieger  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik  
Wilhelmstraße 1b, 79098 Freiburg im Breisgau  
[lskrieger@vwl.uni-freiburg.de](mailto:lskrieger@vwl.uni-freiburg.de) | [www.wguth.uni-freiburg.de](http://www.wguth.uni-freiburg.de)